

Ganz Malaysia ist von Zensur besetzt ...?

Die Autorin
studiert Kultur-
wirtschaft mit
dem Fokus auf
Südostasien an
der Universität
Passau.

Ganz Malaysia? Nein! Ein kleines Dorf namens »Internet« leistet(e) unermüdlich Widerstand. Malaysia ist für seinen repressiven Umgang mit Medien bekannt. Auf der von *Reporter ohne Grenzen* jährlich veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit steht Malaysia seit Jahren im untersten Fünftel, auch die NGO *Freedom House* stuft Malaysia bezüglich der Pressefreiheit in die schlechteste Kategorie ein. Im Jahr 2015 wurden nun zum ersten Mal öffentlich Websites im Internet blockiert. Damit ist eine neue Dimension der Zensur erreicht.

Schon bei den gedruckten Medien ist in Malaysia von Meinungsfreiheit nicht viel zu erkennen gewesen: Mithilfe des *Printing Presses and Publications Act* (PPPA) von 1984, laut dem Medienunternehmen und Verlage eine Veröffentlichungsgenehmigung des Innenministeriums benötigen, unterliegt die gesamte Branche einer indirekten Kontrolle der Regierung. Hinzu kommt, dass die meisten Verlage im Besitz von Regierungsvertretern sind. So bleibt regierungskritischer Berichterstattung nicht viel anderes übrig, als nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen. Hier bietet sich das Internet als gepriesener Ort der Meinungsfreiheit an. Oder etwa nicht?

Zahlreiche Gesetze verhindern eine freie Meinungsäußerung

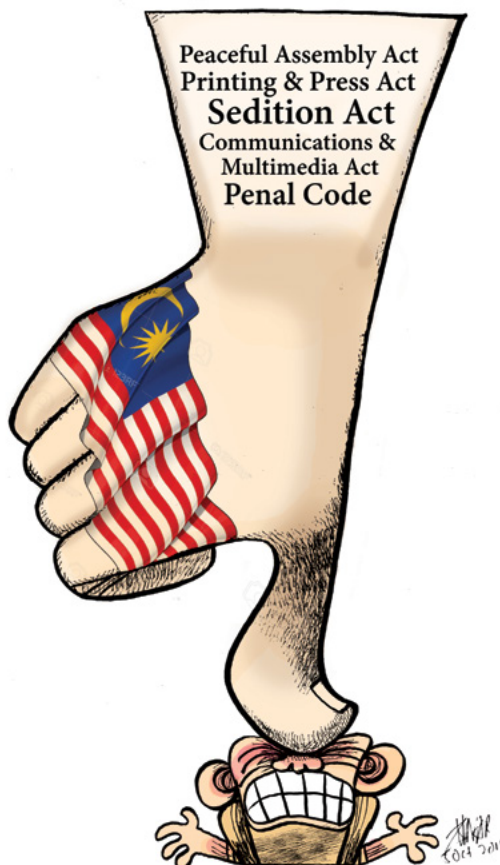
Es hat sich gezeigt, dass der kontrollierenden Hand der Regierung nicht so leicht zu entkommen ist: Es existiert eine ganze Flut an Gesetzen, die es ermöglichen, auch außerhalb der Printmedien gegen unliebsame Stimmen vorzugehen. Teile der staatlichen Zensurmaschinerie sind zum Beispiel der *Official Secrets Act*, der *Sedition Act* und der *International Security Act* (ISA). Letzterer erlaubte eine Festnahme von sechs Tagen bis zu zwei Jahren ohne Gerichtsverfahren und wurde seit 2012 durch den *Security Offences Special Measures Act* (SOSMA) abgelöst, der die Haftzeit auf »nur« 28 Tage verkürzt. All diese Gesetze ermöglichen die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit, das Vorgehen gegen Regierungskritiker inklusive ihrer Festsetzung ohne rechtsstaatliche Verfahren. Durch schwammige Formulierungen bieten sie der Regierung eine Bandbreite an Handlungsmöglichkeiten: Was als »seditious«, also aufrührerisch gilt, liegt letzten Endes im Auge des Betrachters. Als Reaktion auf die zunehmende Digitalisierung gibt es zusätzlich die *Malaysian Communications and Multimedia Commission* (MCMC), die als eine Art Online-Wachhund den Medienbereich außerhalb des Gedruckten kontrolliert.

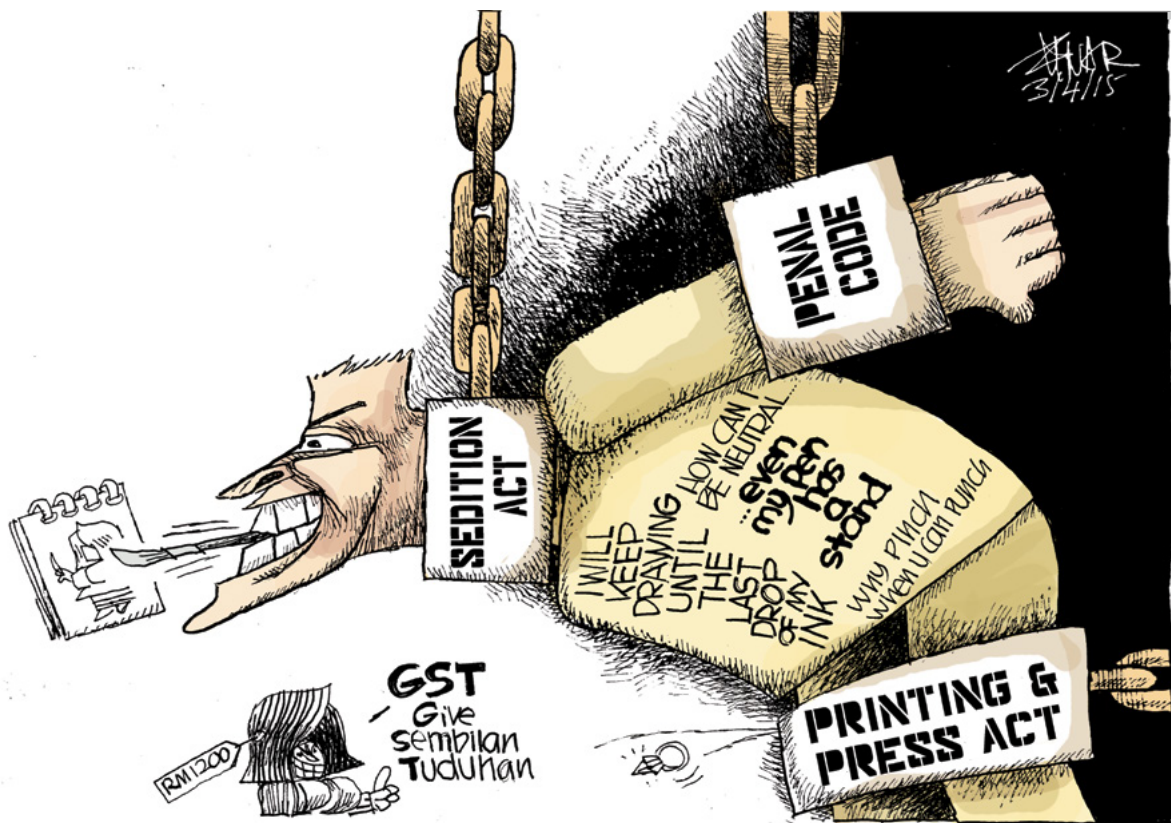
Der Fall des Cartoonisten Zunar

Einer, der diese strenge Gesetzeslage schon oft am eigenen Leib zu spüren bekam, ist der Cartoonist Zulkiflee Anwar Haque, besser unter seinem Künstlernamen Zunar bekannt, den die Zeitschrift **südostasien** in der Ausgabe 03/2016 interviewte. Die Regierung hatte ihn bereits häufiger im Visier und berief sich dabei auf den PPPA, den *Sedition Act* oder den *Penal Code* Malaysias, der seit 2012 eine Erweiterung enthält, die eine Haftstrafe von bis zu 20 Jahren für Aktivitäten vorsieht, die als »Bedrohung für die parlamentarische Demokratie« ausgelegt werden.

In Folge von Twitter-Posts im Februar 2015, in welchen sich Zunar kritisch zur Verurteilung des Oppositionsführers Anwar Ibrahim äußerte, sieht er sich nun der Gefahr einer 43-jährigen Gefängnisstrafe ausgesetzt. Im Januar 2016 wurde er von der *Washington Post* mit folgenden Worten zitiert: »In such an environment, people like me must turn to the Internet to share our opinions and art. But now that space is under attack as well. [...] If a person can face sedition charges for stating a belief in 140 characters or less, then there is no freedom of expression.«

Eine Karikatur
des Cartoonisten
Zunar zeigt,
wie zahlreiche
Gesetze freie
Meinungsäuße-
rung in Malaysia
verhindern.
© www.zunar.
my





RegierungskritikerInnen online und offline im Visier

Auch Online-Zeitschriften bleiben von der Zensur nicht unberührt. Ein Beispiel einer erfolgreichen regierungskritischen Zeitung ist *Malaysiakini*, deren Artikel wegen des PPPA ausschließlich online erscheinen. Dies hält die Regierung jedoch nicht davon ab, offline gegen sie vorzugehen. Von Pressekonferenzen werden sie ausgeschlossen oder es ist ihnen bei Teilnahme verboten, Fragen zu stellen. Auch wirtschaftlich wird ihnen Druck gemacht: Der Vermieter zog erst nach internationalem Protest die Kündigung der Geschäftsräume zurück und die Finanzierung über Werbeanzeigen wird schwierig, wenn auf einmal keine Inserate mehr geschaltet werden.

All dem zum Trotz konnte das Internet seinen Ruf als Plattform für Regierungskritik und Kontroverses in Malaysia bis vor Kurzem aufrechterhalten. So sagte beispielsweise Steven Gan, Gründer von *Malaysiakini*, im Jahr 2004 dem *Deutschlandfunk*: »Regierungskritisch eingestellte Menschen wie ich bekommen keine Drucklizenzen. Deshalb weichen wir ins Internet aus. Denn die Regierung hat versprochen, im Internet keine Zensur auszuüben. Die Menschen wollen eine andere Sicht der Dinge erfahren.«

Er beruft sich damit auf den Zehn-Punkte-Plan im Rahmen des »Multimedia Super Corridor«-Projektes zur Entwicklung der Informationstechnologie aus den 1990er Jahren. Damals versprach man den Investoren, dass keine Zensur im Internet stattfinden werde. Auch im *Communications and Multimedia*

Act von 1998 wurde versprochen: »Nichts in diesem Gesetz soll so ausgelegt werden, dass es eine Zensur des Internets erlaubt.«

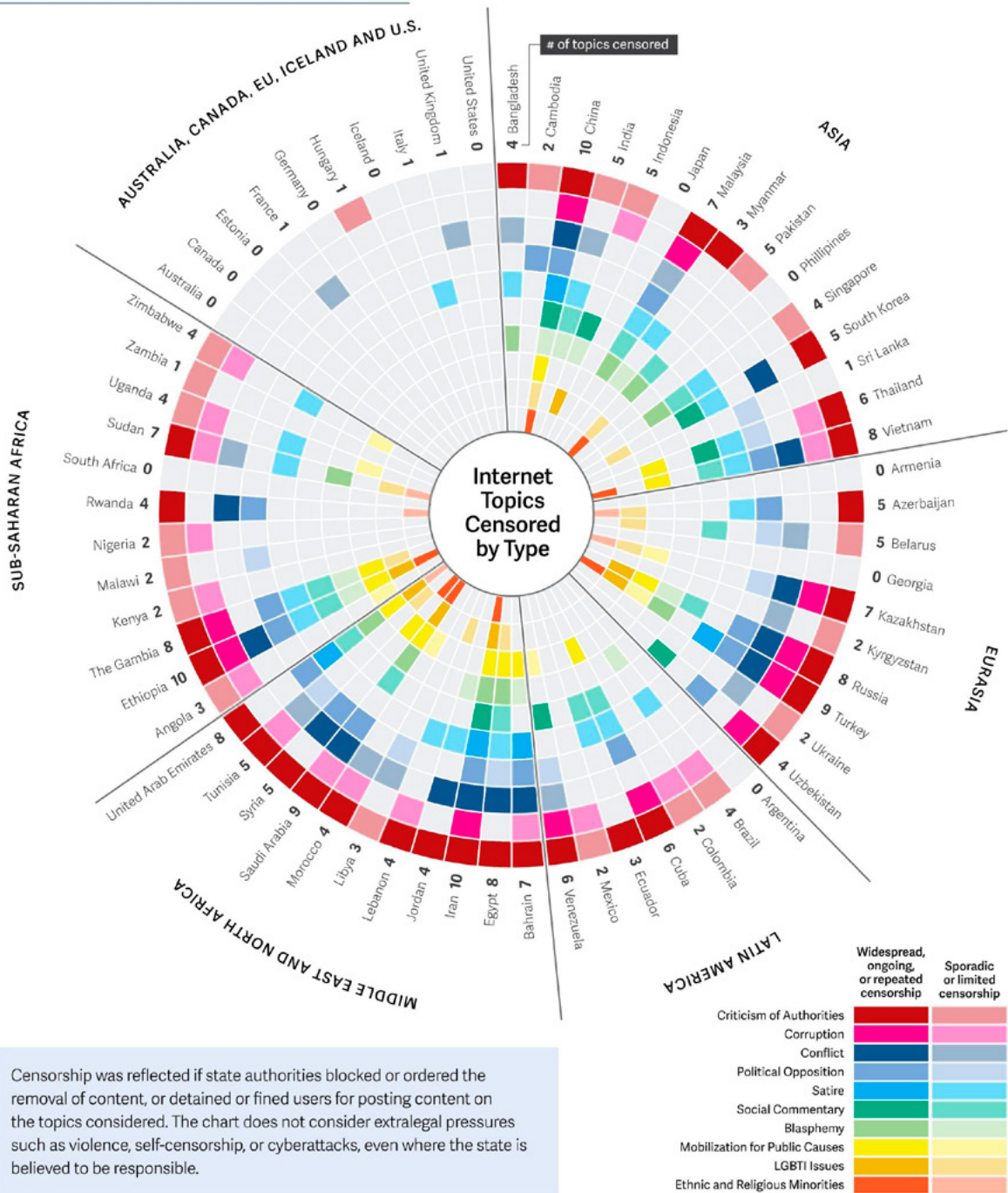
Öffentliche Zensur im Internet

Damit ist jedoch seit Juli 2015 Schluss. Zum ersten Mal in der Geschichte Malaysias hat die Regierung öffentlich zur Online-Zensur gegriffen. Vorher gab es bereits inoffizielle Manipulierungsversuche: Im April 2011 wurden zum Beispiel bei lokalen Wahlen Berichtsseiten wie *Sarawak Report*, *Radio Free Sarawak*, *Dayak Baru Blog* oder *Malaysiakini* Ziele staatlicher Hacker-Angriffe.

Als 2015 jedoch der Korruptionsskandal um den Premierminister Najib Razak ans Licht kam, dem vorgeworfen wurde, Gelder aus dem Staat-Entwicklungs-Fond *1MDB* in die eigene Tasche gesteckt zu haben, sah sich die Regierung gezwungen, noch einen Schritt weiterzugehen. Blogs und Online-Nachrichtensender, die kritisch über den Vorfall berichteten, wurden unter Berufung auf den *Communications and Multimedia Act* blockiert – beginnend mit dem aus London betriebenen Blog *Sarawak Report* und gefolgt von weiteren wie etwa den Online-Zeitschriften *Malaysia Chronicle* und *The Malaysian Insider*. Auch die internationale Presse wurde online blockiert, wie beispielsweise der Zugang zur Zeitschrift *Asia Sentinel* im Januar 2016 oder der Blogging-Plattform *Medium* mit wiedergedruckten Artikeln von *Sarawak Report*.

Innerhalb von Asien zensierte Malaysia 2016 die drittmeiste Anzahl von Themen im Internet.
© Freedom House; www.freedomhouse.org

CENSORED TOPICS BY COUNTRY



Die Blockade zeigte jedoch gemischte Effekte. Im Fall von *Sarawak Report* hatte die Aktion laut *Human Rights Watch* eher gegenteilige Auswirkungen: Die Zensur führte lediglich zu mehr Aufmerksamkeit und damit mehr Likes sowie einem größeren Leserkreis. Zum Welttag gegen Internetzensur am 12.3.2016 hat *Reporter ohne Grenzen* im Rahmen der Hacker-Aktion *Grenzenloses Internet* die Blockade ohnehin wieder aufgehoben. Mit *The Malaysian Insider* war das Schicksal jedoch weniger gütig: Nach acht Jahren oppositioneller Berichterstattung

musste die Nachrichtenseite im März 2016 schließen, da sie sich nach der Blockade wirtschaftlich nicht mehr halten konnte.

Was hat die Regierung zu diesem Schritt getrieben?

Ist die Berichterstattung in den traditionellen Medien so stark kontrolliert wie in Malaysia, so habe ich den Eindruck, dass das nur dazu führt, den Streit auf die

Online-Welt zu verlegen, nicht aber, ihn unsichtbar zu machen. – 2011 lebte ich für einen Schüleraustausch sieben Monate lang in Malaysia und stehe bis heute in engem Kontakt mit meiner Gastfamilie, die ihrerseits starke Regierungsbefürworter sind. Als ich 2015 während meines Studiums über die »Sodomy Trials« rund um den Oppositionspolitiker Anwar Ibrahim forschte, bestanden für mich bereits nach kurzer Zeit keine Zweifel mehr, dass die Regierung versucht, unter fadenscheinigen Vorwänden die Opposition in Wahlzeiten mundtot zu machen und auszuschalten. Als ich dann meine Gastfamilie fragte, warum es deswegen keinen kollektiven Aufschrei gegeben hätte, bekam ich die Antwort, ich hätte mir meine Meinung aus falschen Artikeln gebildet und wurde in den folgenden Wochen unter gefühlt Abertausenden Artikeln und Posts gegen Anwar auf Facebook verlinkt. Der mediale Streit um »die Wahrheit« war mit der Printmedien-Zensur also keineswegs aus der Welt, sondern wurde online unvermindert weiter ausgetragen.

Ausblick

Wenn die Regierung in ihrer Zensur nun auch das Internet ins Visier nimmt, wird die regierungskritische und kontroverse Berichterstattung in ernsthafte Bedrängnis geraten. Wohin soll sie nun ausweichen? Werden sich Alternativen eröffnen? Im weltweiten *Freedom of the Net Report 2016* der NGO *Freedom House* werden Communication Apps als deutlich schwieriger zu kontrollierende Medien und populäre Methode genannt, um staatlicher Zensur zu entgehen, etwa bei der Verbreitung von Neuigkeiten zum Beispiel über WhatsApp-Gruppen.

Doch die malaysische Regierung wird sicherlich nicht untätig bleiben und ihrerseits versuchen, mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten. In anderen Ländern wie zum Beispiel China, Indien oder Bangladesch kam es bereits zu lokal begrenzten oder kompletten Internet-Abschaltungen. In Malaysia wäre dies zumindest technisch keine große Herausforderung, da alle großen Anbieter bereits in enger Verbindung zur Regierung stehen. Auch der *Communications and Media Act* bietet die nötigen Voraussetzungen dafür: Er befähigt den Informationsminister dazu, über die Herausgabe von Lizenzen die Netzwerkanbieter zu kontrollieren. Bisher ist dies bei Internetanbietern noch nicht dokumentiert worden, aber es erinnert doch sehr stark an die Funktionsweise des PPPA.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Auswirkungen von Selbstzensur. Kommt es zu vermehrten Verhaftungen und rechtlichen Konsequenzen für regierungskritische Meinungsäußerung im Internet, wird dies sicherlich einen hemmenden Effekt haben. Regierungsnahe Unternehmen und öffentliche Universitäten blockieren bereits den


Zugang zu Seiten wie *Malaysiakini*, die als politisch heikel angesehen werden. Wer in diesem Umfeld lebt, wird wahrscheinlich eher dazu neigen, sich selbst in den Aussagen zu überprüfen. Abschließend bleibt festzuhalten, dass sich mit dem Schritt zur öffentlichen Zensur des Internets die Situation der Meinungsfreiheit in Malaysia weiter verschlechtert hat. Es bleibt abzuwarten, welche Dynamiken sich daraus in den kommenden Jahren entwickeln werden. ■

Literatur

- Freedom House (2016/2017): Freedom on the Net Report 2016 & Country Report: Malaysia; Freedom of the Press Report 2017. In: www.freedomhouse.org
- Human Rights Watch (2015): Malaysia: End Website Blocking, Politicized Investigations. In: www.hrw.org/news/2015/07/22/malaysia-end-website-blocking-politicized-investigations
- Vollmer, Gerlind (2004): Malaysia: Pressefreiheit im Internet – Nichts als ein Lippenbekenntnis. In: www.deutschlandfunk.de/malaysia-pressefreiheit-im-internet-nichts-als-ein.707.de.html?dram:article_id=86059

express
Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Diskussionsforum für

- **Elemente** & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik 
- Texte zu und aus **Theorie & Praxis** der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- **Perspektiven** jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- **Berichte** über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und **Kommentare** zur Politik der Ökonomie

Probelesen?!
kostenfreies Exemplar anfordern!!

Niddastraße 64 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info Tel. (069) 67 99 84